

20. Februar 2009
Der Standard

Umweltverträglichkeitsprüfung eingereicht Wieder heftige Proteste gegen Lobau-Tunnel, geplante Fertigstellung 2018

Wien - Die Realisierung der Wiener Nordost-Umfahrung, des Abschnitts der Außenring-Schnellstraße (S1) zwischen Schwechat und Süßenbrunn, nimmt konkrete Formen an. Ende März will die Asfinag nach einigen Verzögerungen nun die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) beim Verkehrsministerium einreichen.

6500 Seiten ist das Konvolut stark. "Wir sind nun in der sehr konkreten Projektphase", verkündete Geschäftsführer Alexander Walcher am Donnerstag. Läuft alles nach Plan, will man 2011 mit dem Bau beginnen. Sieben Jahre später soll es den Autofahrern möglich sein, ohne Querung der inneren Stadtbereiche Wien zu umfahren. Dafür will man einen 8,2 Kilometer langen Tunnel unter der Donau und dem Naturschutzgebiet Lobau bauen.

Gegen das Vorhaben regte sich sogleich heftiger Protest - jedoch nicht zum ersten Mal. Als die Asfinag ihre Pläne dazu 2006 vorstellte, führte das zu heftiger Kritik, unter anderem wegen der Belastung des Naturschutzgebietes durch Abgase. Damals besetzten Umweltaktivisten die Lobau.

Nun bezweifeln die gleichen Gegner die Sinnhaftigkeit des Projektes erneut. Für Wolfgang Rehm, Sprecher der Umweltinitiative "Virus", ist der geplante Lobautunnel "ein Lehrbeispiel, wie mit maximalem Mitteleinsatz und beträchtlichem Schadenspotenzial möglichst wenig Nutzen erreicht wird." Die Grünen kritisieren das Projekt als "ökologisches und ökonomisches Desaster." Verkehrsstadtrat Rudolf Schicker (SP) verspricht sich von der Nordost-Umfahrung dagegen eine Reduktion des Verkehrs im innerstädtischen Gebiet.

1,7 Milliarden Euro soll das 19 Kilometer lange Großprojekt kosten, 100 Millionen Euro mehr als ursprünglich geplant. Allein 1,3 Milliarden Euro entfallen dabei auf den Tunnel. Die Lüftung des Tunnels soll über Schlotbauten erfolgen. Diese sollen sich, begrünt und in organischen Formen, in die Landschaft einfügen. Zweihundert Grundeinlösungen sind dafür notwendig. Von Seiten der Asfinag hofft man auf eine einvernehmliche Lösung ohne Zwangsenteignungen. (Stefan Heißenberger, DER STANDARD - Printausgabe, 20. Februar 2009)

Link zum Online-Artikel:

<http://derstandard.at/?url=/?id=1234507526777>